

Die Schweiz steht hinter der Regierung

Debatte um Lockerungen Die Mehrheit des Nationalrats drängt den Bundesrat auf eine rasche Öffnung von Restaurants und Freizeitbetrieben. Die Bevölkerung wolle das so, heisst es. Doch das stimmt nicht.

Janine Hosp

800'000 Personen sind in Kurzarbeit, mehrere Hunderttausend arbeitslos. «Und diese Leute wollen wieder arbeiten», sagte SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi kürzlich in der SRF-Sendung «10 vor 10». Entsprechende Zuschriften erhalte er immer wieder, deshalb wollten die bürgerlichen Parteien Druck auf den Bundesrat ausüben: Er soll rascher öffnen als vorgesehen.

Nur: Will das auch die Bevölkerung? Will sie wie die Mehrheit des Nationalrats die Schutzmassnahmen rasch lockern? Diese hat gestern eine Erklärung verabschiedet, in der sie fordert, dass der Bundesrat unabhängig von der epidemiologischen Lage am 22. März Restaurants und Freizeitbetriebe öffnet. Oder vertritt die Bevölkerung mehrheitlich die zurückhaltendere Linie des Bundesrats?

Die Leute wissen, was passieren kann

Für Politgeograf Michael Hermann ist klar: «Der Bundesrat trifft die Haltung der Bevölkerung recht gut, seit er im Herbst die Massnahmen verschärft hat.» Die Bevölkerung hätte teilweise noch strengere Massnahmen verfügt als der Bundesrat.

Als Leiter der Forschungsstelle Sotomo führt Hermann seit bald einem Jahr regelmässig Monitorings für Radio und Fernsehen von SRF durch und sagt: «Es ist auffällig, wie gut die Bevölkerung informiert ist.» Und entsprechend differenziert beurteilt sie die Massnahmen. So sprach sich in der Vergangenheit eine Mehrheit gegen die Schliessung von Läden, aber für eine solche von Restaurants aus – weil man sich dort länger aufhält, näher beieinandersitzt und keine Maske trägt. «Die Bevölkerung hat im Herbst beobachten können, was geschieht, wenn man sich nicht gegen sie schützt», sagt Michael Hermann: Das Virus wird weitergegeben, die Zahl der Infektionen schnell in die Höhe.

Wenn der Nationalrat nun in einer Erklärung fordert, Restaurants und Freizeitbetriebe bereits in knapp drei Wochen wieder zu öffnen, hat er die Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter sich. «Es ist der klassische Fehler, den Politikerinnen und Politiker begehen: Sie finden ein paar

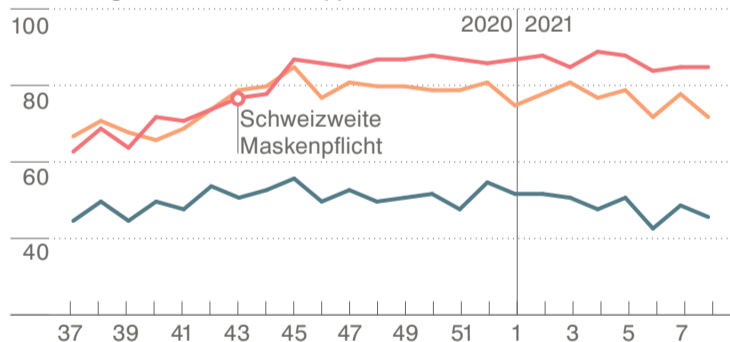


Die Öffnung der Läden findet im Volk Anklang: Die Restaurants möchten die meisten aber noch geschlossen lassen. Foto: Urs Jaudas

Hinter welchen Massnahmen die Bevölkerung steht

Akzeptierte Massnahmen, in Prozent

- Masken tragen, wenn der Abstand nicht eingehalten werden kann
- Abstand halten zu Personen aus fremden Haushalten
- Nutzung der Swiss-Covid-App



Für die Kalenderwoche 53 liegen keine Daten vor

Grafik: db / Quelle: covid-norms.ch

Dutzend Mails von Unzufriedenen in ihrer Mailbox und schliessen daraus auf die Stimmung in der Bevölkerung», sagt Michael Hermann. Dabei sei klar, dass die Unzufriedenen am lautesten rufen und entsprechend besser wahrgenommen würden.

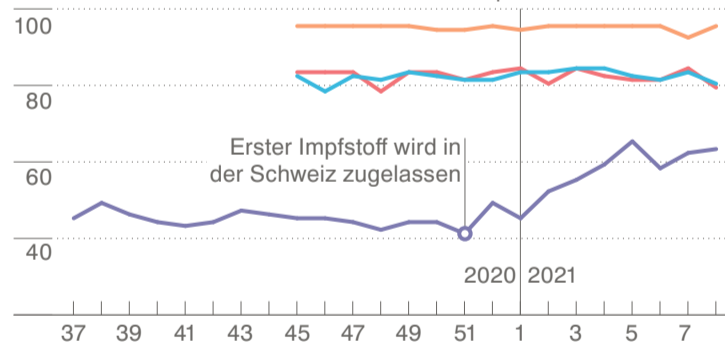
Auch das Monitoring «Covid Norms» der Universität Zürich zeigt: Der Bundesrat hat mit seiner Linie die Bevölkerung auf seiner Seite. Seit er im Herbst die Massnahmen verschärft und etwa die Clubs geschlossen oder die Maskenpflicht im Freien er-

Welche weiteren Massnahmen die Bevölkerung unterstützt

Akzeptierte Massnahmen, in Prozent

Bereitschaft, ...

- Contact-Tracing zu unterstützen
- in Quarantäne zu gehen
- sich testen zu lassen
- sich impfen zu lassen



Für die Kalenderwoche 53 liegen keine Daten vor

Grafik: db / Quelle: covid-norms.ch

lassen hat, liegt die Bevölkerung ganz auf seiner Linie.

Für das Monitoring wird jede Woche eine Umfrage durchgeführt, und demnach unterstützen es aktuell 85 Prozent der Befragten, dass bei geringem Abstand Masken getragen werden sollen.

Und 72 Prozent sind einverstanden damit, dass sie zu Personen aus anderen Haushalt Abstand halten sollen. Selbst im Januar und Februar, als die Zahl der Infektionen deutlich sank, hielt die Bevölkerung die Unterstützung für die Massnahmen hoch.

Druck auf Bundesrat erhöht

Mit 97 zu 90 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat der Nationalrat gestern eine Erklärung verabschiedet, die verlangt, dass am 22. März Gastro- und Freizeitbetriebe geöffnet werden. Der Bundesrat plant das nur, falls die epidemiologische Lage günstig ist. Für die Erklärung stimmten SVP, sowie die Mehrheit der FDP- und der Mitte-Fraktionen. Dagegen stimmten SP, Grüne und der Grossteil der Grünliberalen. Verbindlich ist die Forderung für die Regierung nicht. Anders wäre es, wenn die Parlament sie ins Covid-19-Gesetz aufnehmen würde. Der Nationalrat berät am Montag darüber. Zustimmung müsste dem auch der Ständerat, wofür derzeit wenig spricht. (red)

«Die Akzeptanz dieser Massnahmen ist über einen langen Zeitraum stabil», sagt Thomas Friemel, der Co-Leiter des Monitoring-Projekts. Das zeige, dass der Bundesrat mit seiner Strategie einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung habe.

Die Schwankungen in den letzten Wochen könnten aber darauf hinweisen, dass die Bevölkerung hin- und hergerissen ist zwischen dem Wunsch nach Lockerungen und dem Bewusstsein, dass die tiefen Ansteckungszahlen nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Auch SVP-Wähler befürworten den Kurs

Die Befragungen der Uni Zürich zeigen auch, dass die Bevölkerung zu mehr bereit wäre. 80 Prozent würden sich testen lassen, und gar 95 Prozent würden andere informieren, wenn der Test positiv ausfiele. Selbst die Impfbereitschaft ist auf 63 Prozent gestiegen. Im September lag sie noch bei 45 Prozent.

Den Rückhalt des Bundesrats in der Bevölkerung bestätigt eine ebenfalls repräsentative Umfrage von Tamedia und «20 Minuten». Rund 15'000 Personen wurden am 18. und 19. Januar befragt. 68 Prozent gaben an, dass sie die Massnahmen des Bundesrats angemessen finden oder gar verschärft haben möchten. Selbst bei den Anhängern von der Partei von SVP-Nationalrat Thomas Aeschi sprachen sich noch 47 Prozent dafür und 49 Prozent dagegen aus.

Maurer macht vertraulichen Antrag öffentlich

Lockerungspläne Mit einem beispiellosen Schritt reagiert der SVP-Bundesrat auf einen Artikel dieser Zeitung.

An eine solche Offensive können sich selbst langjährige Bundeshaus-Insider nicht erinnern: Die Medienstelle von SVP-Bundesrat Ueli Maurer hat den Inhalt eines Antrags veröffentlicht, den er für die Bundesratssitzung vom 24. Februar eingereicht hatte. Solche Mitberichte sind vertraulich klassiert und unterstehen dem Amtsgeheimnis. Maurer reagierte mit seiner Veröffentlichung auf einen Artikel, den diese Zeitung gestern publiziert hatte.

In dem Artikel stand, dass Maurer am 5. Februar den ande-

ren Bundesräten einen eigenen Plan für den Ausstieg aus dem Lockdown unterbreitet hatte. Darin schlug Maurer ein eher langsames Tempo für die Aufhebung der Corona-Massnahmen vor. Die Restaurants sollten erst am 19. April vollständig öffnen. Dies kontrastiert mit den Forderungen für eine Turbo-Öffnung, wie sie Maurers SVP erhebt.

Der Artikel sei inhaltlich falsch, behauptete SVP-Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher gestern gegenüber Blick TV. Maurer habe die Restaurants nie erst Mit-

te April öffnen wollen. «Er wollte immer früher öffnen.» Pikant: Nur kurz nach dieser Aussage von Martullo bestätigte Maurer in seiner sogenannten Klarstellung selber die Eckwerte des Artikels.

Der Plan sei «überholt»

Maurer betont in seiner sogenannten Klarstellung jedoch, sein Öffnungsplan vom 5. Februar sei «nur ein erstes mögliches Öffnungsszenario aufgrund der aktuellen Lage» gewesen. Dieser Plan sei dann «durch die positiven Entwicklungen über-

holt» worden. Zweieinhalb Wochen später, am 24. Februar, habe er darum im Bundesrat in dem erwähnten Mitbericht die vollständige Öffnung der Beizen schon per 22. März gefordert. Eine Diskrepanz zur Position seiner Partei sei daher «konstruiert», so Maurers Pressestelle.

Allerdings hatte auch diese Zeitung Maurers Mitbericht vom 24. Februar bereits erwähnt und darauf hingewiesen, dass Maurer darin eine raschere Öffnung der Restaurants forderte als in seinem ursprünglichen Plan.

Im Bundeshaus sorgte Maurers Kommunikationsoffensive für erhebliches Aufsehen. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi zum Beispiel warf dieser Zeitung auf Twitter vor, in ihrem Artikel «Fake News» zu verbreiten.

Michael Sorg, Co-Generalsekretär der SP, schrieb: «Jetzt verschicken SVP-Bundesräte schon Medienmitteilungen mit ihren Minderheitspositionen. Das Kollegialitätsprinzip im Bundesrat ist nur noch eine leere Hülle.»

Markus Häfliger

Die Fallzahlen stagnieren

Ob es am 22. März zu weiteren Öffnungsschritten kommt, will der Bundesrat von der epidemiologischen Lage abhängig machen. Beurteilt wird anhand von vier Richtwerten: Aktuell liegen R-Wert, Fallzahlen und Test-Positivitätsrate knapp über den Vorgaben. Unterschritten wird der Richtwert bei der Anzahl Covid-Patienten auf Intensivstationen.

Die Fallzahlen stagnieren derzeit: Gestern wurden dem BAG 1233 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus gemeldet. Am Mittwoch vor einer Woche waren es 1343 Fälle, vor zwei Wochen 1253. Gestern wurden dem BAG zudem 47 Spitalerweisungen und 7 Todesfälle gemeldet. (red)